

# CDU will rückhaltlose Aufklärung

*Liebe Freunde,*

nach einem ungewöhnlich erfolgreichen Jahr für die CDU haben die Vorgänge, die vor gut drei Wochen mit Medienberichten über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Walther Leisler Kiep und eine angebliche Spende von 1 Million DM an die CDU ihren Anfang genommen haben, unsere Partei vor eine schwierige Situation gestellt.

Gestern haben wir in einer Sitzung des Präsidiums der CDU Deutschlands intensiv den Sachstand erörtert. Wir haben dabei eine sehr offene Aussprache geführt, bei der unser Ehrenvorsitzender, Bundeskanz-

**Brief des Parteivorsitzenden  
Wolfgang Schäuble vom 1. Dezember**

ler a.D. Dr. Helmut Kohl, eine Erklärung abgegeben hat. Wortlaut der Erklärung: Seite 4.

Das Präsidium der CDU Deutschlands hat diese Erklärung Helmut Kohls mit großem Respekt zur Kenntnis genommen. Das Präsidium der CDU Deutschlands ist sich einig, dass wir mit Nachdruck alle Verdächtigungen und Vorwürfe zurückweisen, Entscheidungen der Regierung Helmut Kohl seien in irgendeiner Weise

*Fortsetzung auf Seite 2*

## HEUTE AKTUELL

### ● Präsidium

Erklärung des Ehrenvorsitzenden Helmut Kohl am 30. November in Berlin. Seite 4

### ● Bundesrat

Tricks und Murks keine Grundlage für Gesundheitsreform. Seite 14

### ● Bundesfachausschuss

Weitere Liberalisierung des Welt Handels nötiger denn je. Seite 24

### ● CDU Schleswig-Holstein

Arbeit, Bildung, Zukunft. Programmarteitag in Husum. S. 26

### ● CDU Mecklenburg-Vorpommern

Angela Merkel: Wir werden der Schutzpatron der Kommunen sein. Landesparteitag in Neustrelitz. Seite 28

### ● CDU Saar

Wir schaffen Zukunft für unser Land. Landesparteitag in Saarbrücken. Seite 30

### ● Dokumentation

Volker Rühle: Das war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Rede im Deutschen Bundestag am 24. November. Innenteil



*Fortsetzung von Seite 1*

käuflich gewesen. Auch andere Mutmaßungen, etwa dass sich Helmut Kohl bereichert habe, sind völlig absurd und werden selbst in der uns kritisch gesonnenen Presse zurückgewiesen. Wir sind uns auch sicher, dass – unbeschadet der noch ausstehenden Klärungen im Detail – kein Geld der Partei entzogen worden ist. Auch wenn es formale Verstöße gegen einzelne Vorschriften des Parteiengesetzes gegeben haben sollte, ändert das doch nichts an der großartigen und einmaligen Leistung Helmut Kohls als Vorsitzender der CDU über ein Vierteljahrhundert hinweg und als Kanzler der Deutschen Einheit.

## In der Sache selbst

haben wir uns mit dem Tag der ersten Berichterstattungen und Medienmeldungen ein Ziel gesetzt: rückhaltlose, schnellstmögliche und lückenlose Aufklärung. Dieses Ziel haben wir seither konsequent verfolgt. Als ein Ergebnis haben wir dazu im Präsidium der CDU Deutschlands am 22. November 1999 beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfer Weyrauch und Kapp GmbH, Frankfurt am Main, einvernehmlich zum Jahresende zu beenden. Inzwischen haben wir die von uns angeforderten Unterlagen über alle für die CDU Deutschlands geführten Konten erhalten, sofern sie bei Weyrauch und Kapp vorhanden waren. Diese Unterlagen haben wir der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zugänglich gemacht, damit die Sachverhalte, soweit dies irgend möglich ist, lückenlos aufgeklärt werden.

## Eine erste Durchsicht dieser Unterlagen

hat ergeben, dass neben den bei der CDU Deutschlands laufenden Spendenkonten und den Gehaltskonten, die ordnungsgemäß verbucht worden sind, auch weitere Konten enthalten sind, die nicht im Re-

chenwerk der Bundesgeschäftsstelle erfasst sind. Die Ein- und Auszahlungsvorgänge dieser Konten müssen jetzt im Einzelnen anhand der vorliegenden Unterlagen überprüft werden. Es ist zweifelhaft, ob dies für die Vergangenheit vollständig möglich sein wird, da die Aufbewahrungsfrist für die Belege nach dem Parteienfinanzierungsgesetz 6 Jahre beträgt. Aus den Unterlagen konnten wir darüber hinaus feststellen, dass das letzte nicht im Rechenwerk der Bundesgeschäftsstelle erfasste Konto von der Wirtschaftsprüfer Weyrauch und Kapp GmbH am 2. Dezember 1998 geschlossen worden ist. Somit existieren derartige Konten nach den inzwischen vorliegenden Unterlagen heute nicht mehr.

## Festzuhalten ist außerdem,

dass der Fall der angeblichen Spende von 1 Million DM, die Auslöser der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Walther Leisler Kiep war, nicht auf einem für die CDU Deutschlands geführten und im Rechenwerk der Bundesgeschäftsstelle enthaltenen Konto gewesen ist und sich daher von den oben genannten Konten unterscheidet.

Die eingesetzten Wirtschaftsprüfer und wir selbst werden mit Hochdruck daran arbeiten, vollständige Aufklärung zu schaffen und die Partei darüber zu unterrichten. So wie wir seit Beginn dieser Angelegenheit die Sachverhalte rückhaltlos und umfassend aufklären, so werden wir auf der Grundlage der uns heute vorliegenden Ergebnisse weiter vorgehen. Möglicherweise muss auch noch einmal eine Sonderprüfung durch Kassenprüfer der Bundespartei durchgeführt werden, um gegebenenfalls auch formal die Zahlungsvorgänge im Rechenwerk der Bundespartei in Ordnung zu bringen.

Soweit sich die Notwendigkeit ergeben sollte, werden wir die Rechnungslegung an



den Bundestagspräsidenten durch unseren Wirtschaftsprüfer entsprechend ergänzen.

## In diesen Tagen gibt es manche Spekulationen

über die Frage, wie die finanzielle Situation der CDU Deutschlands nach 1990 zu erklären ist. Hier ist darauf aufmerksam zu machen, dass alle Parteien – die Christlich Demokratische Union genauso wie die Sozialdemokratische Partei – im Jahr 1990 durch die Ausdehnung der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung auf die zur Bundestagswahl hinzugekommenen Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern höhere Zahlungen erhalten haben. Die Wahlkampfkostenerstattung bezog sich somit nicht mehr nur auf die Wahlberechtigten in der alten Bundesrepublik, sondern auf die Wahlberechtigten im vereinten Deutschland. Während die Wahlkampfkostenerstattung normalerweise in vier Jahresraten über die gesamte Legislaturperiode verteilt ausgezahlt wird, ist 1990 für die neu hinzugetretenen Wahlberechtigten aus den neuen Bundesländern der gesamte Betrag auf einmal ausgezahlt worden.

Das hat dazu geführt, dass die CDU Deutschlands 1990 staatliche Mittel in einer Größenordnung von 106 Millionen DM bekommen hat. In den Jahren 1984 bis 1989 verfügte sie dagegen über Wahlkampfkostenerstattungen in einer Größenordnung zwischen 30 und 50 Millionen DM. Damit wird auch klar, warum die hohen Verbindlichkeiten, die für die CDU 1987 und 1988 ausgewiesen waren, 1990 und 1991 erfreulicherweise schnell getilgt waren. 1994 gab es im Übrigen eine ähnliche Entwicklung, die durch das Zusammentreffen von Europa- und Bundestagswahl in einem Jahr zu außergewöhnlich

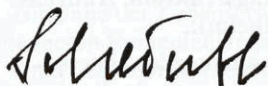
hohen staatlichen Zuwendungen geführt hat – natürlich wieder bei allen Parteien.

## Liebe Freunde, politisch bleibt folgendes festzuhalten:

Wir ziehen aus den Vorgängen der Vergangenheit die notwendigen Konsequenzen. Wir wollen ein transparentes und nachvollziehbares Finanzwesen schaffen. Wir wollen nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch zeigen, dass die CDU eine moderne und aufgeschlossene Partei ist. Gleichzeitig können wir damit unter Beweis stellen, dass die CDU Deutschlands und ihre 640.000 Mitglieder gerade in schwierigen Zeiten zusammenstehen. Darauf wird sich Vertrauen gründen. Daraus werden wir Kraft schöpfen, um die nächsten Aufgaben entschlossen anzugehen. In diesem Sinne werden wir dann auch in die heiße Phase der Landtagswahlkämpfe in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gehen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Volker Rühle in Kiel und Jürgen Rüttgers in Düsseldorf den notwendigen Wechsel schaffen. Dazu zähle ich auf Ihre Unterstützung. Bitte informieren Sie auch die Mitglieder der Partei über die geschilderten Zusammenhänge, damit wir möglichst kraftvoll allen entgegenzutreten können, die die öffentliche Debatte um die Union dazu nutzen wollen, das Ansehen Helmut Kohls zu beschädigen und vom Versagen der Bundesregierung abzulenken. Das dürfen wir nicht zulassen.

*Mit freundlichen Grüßen*

*Ihr*



# Erklärung des Ehrenvorsitzenden Helmut Kohl

vor dem CDU-Präsidium am 30. November in Berlin

**1.** Nach der Finanz- und Beitragsordnung und dem Statut der CDU Deutschlands verfügt der Bundesschatzmeister über alle Einnahmen der Bundespartei. Die Wirtschaftsprüfer Weyrauch & Kapp GmbH, Frankfurt am Main, war in diesem Rahmen u.a. mit dem Verwalten von Spendenkonten und den Gehaltszahlungen der Generalsekretäre sowie leitender Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle betraut.

**2.** Ich habe als Parteivorsitzender in meiner Amtszeit die vertrauliche Behandlung bestimmter Sachverhalte wie Sonderzuwendungen an Parteigliederungen und Vereinigungen, zum Beispiel als unabweisbare Hilfe bei der Finanzierung ihrer politischen Arbeit, für notwendig erachtet. Eine von den üblichen Konten der Bundesschatzmeisterei praktizierte getrennte Kontenführung erschien mir vertretbar. Dabei habe ich stets volles Vertrauen in die Weyrauch & Kapp GmbH gesetzt. Dazu gehört auch, dass für mich in meinem gesamten politischen Leben persönliches

Vertrauen wichtiger als rein formale Überprüfungen war und ist.

**3.** Ich bedauere, wenn die Folge dieses Vorgehens mangelnde Transparenz und Kontrolle sowie möglicherweise Verstöße gegen Bestimmungen des Parteigesetzes sein sollte. Dies habe ich nicht gewollt, ich wollte meiner Partei dienen. Angesichts der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion gilt es, Schaden von meiner Partei abzuwenden. Dies sage ich mit Blick auf meine Partei, ihre fast 640.000 Mitglieder und die neue Parteiführung. Deshalb ist es mir ein persönliches Anliegen, die politische Verantwortung für hierbei in meiner Amtszeit entstandene Fehler zu übernehmen.

**4.** Nachdrücklich weise ich jeden Vorwurf – in welcher Form auch immer –, von mir getroffene politische Entscheidungen seien käuflich gewesen, mit aller Entschiedenheit zurück. Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich mich ausschließlich der Verantwortung für das Wohl unseres Landes verpflichtet sah und auch weiterhin sehe. ■

## Rot-Grün manipuliert Untersuchungsausschuss

**Zur bevorstehenden Einsetzung des Spenden-Untersuchungsausschusses erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt (Mülheim):**

Bereits vor Einsetzung des Untersuchungsausschusses versucht die Koalition zu tricksen und zu manipulieren.

Mit ihrer Mehrheit will sie seine Mitgliederzahl auf elf begrenzen, obwohl 15 korrekt wäre. Damit stünden der CDU nur drei statt fünf Sitze zu. Darin liegt ein eklatanter Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und eine Beschneidung der Rechte der Opposition.



Wolfgang Schäuble:

## Union nimmt ihre Verantwortung als Opposition wahr

**Ein wesentlicher Punkt droht unterzugehen in dem Chaos, in das sich die Regierung Schröder auf ihrem Zickzackkurs von Ankündigungen und Rücknahmen, von Entwürfen und Korrekturen in nahezu allen Politikbereichen hineinmanövriert hat: Die Bundesregierung ist in ihrer Rentenpolitik gescheitert.**

Sie hat nicht mehr die Kraft, alleine aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich dadurch manövriert hat, dass sie die Reformansätze der Vorgängerregierung zurücknahm und nun den Rentnerinnen und Rentnern die gesetzlich zustehende Erhöhung ihrer Bezüge willkürlich vorenthält. Bundeskanzler Schröder und Arbeitsminister Riester müssten wissen, dass dies die Sicherheit des Systems der Altersvorsorge schon mittelfristig aufs Spiel setzt.

In dieser verfahrenen Situation nehmen CDU und CSU ihre staatspolitische Verantwortung als Opposition wahr. Wir sind bereit und haben dies der Bundesregierung in dieser Woche angeboten, ihr aus dieser selbstverschuldeten Blockade herauszuhelfen. Denn das System der Alterssicherung in Deutschland bedarf nicht zuletzt aufgrund der dramatischen Entwicklung im Altersaufbau der Bevölkerung und der Veränderungen in der Arbeitswelt einer durchgreifenden Reform, die längerfristig Bestand hat.

Eine nachhaltige und tragfähige Lösung dieses Problems ist von nationaler Bedeutung, betrifft alle Generationen und ist entscheidend für das Vertrauen der Menschen in unseren Staat. Die Bürger in Deutsch-

land müssen sich auch künftig darauf verlassen können, dass ihre Altersversorgung gesichert ist. Unbeschadet unserer strikten Ablehnung der von der Schröder-Regierung beschlossenen Abkopplung der Rentenanpassung von der Nettolohnentwicklung für die nächsten beiden Jahre ist die Union daher bereit, vorurteilsfrei und parteiübergreifend an einer Lösung mitzuwirken und diese mit zu verantworten. Dies haben wir bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht, und wir hoffen, dass die Bundesregierung jetzt, wo sie alleine nicht mehr weiterweiß, dieses Angebot endlich annehmen wird.

Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Edmund Stoiber, habe ich daher dem Bundeskanzler vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Verantwortung der Führungen von Regierung und Opposition zu bilden, um eine Lösung der Zukunftsprobleme unserer Alterssicherung zu finden. Wenn es nach uns geht, könnte es noch in diesem Jahr zu einem ersten Termin kommen, damit die Ergebnisse der Gespräche noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch umgesetzt werden können. Die Zeit drängt, denn in der Verfassung, in die die Schröder-Regierung unsere Rentenversicherung gebracht hat, ist sie den Herausforderungen nicht gewachsen, welche die Zunahme der Lebenserwartung, damit die längeren Rentenlaufzeiten und die wachsende Zahl der Rentenbezieher bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der Beitragszahler für die Sicherheit der Altersvorsorge bedeuten. ■



Friedrich Merz:

## Rot-Grün organisiert die Verantwortungslosigkeit

**Eigentlich hatte ich gedacht, dass Sie, Herr Bundesfinanzminister, eine Rede halten, die sich mit der Zukunft Deutschlands beschäftigt. Sie haben stattdessen zum wiederholten Male eine Beschreibung der Lage abgegeben, die eine wirklich scharfe Erwiderung erfordert.**

Ich empfinde es gegenüber den Leistungen, die die Menschen in Deutschland erbracht haben, als eine Zumutung, in welcher Art und Weise Sie hier die Wirklichkeit in Deutschland beschreiben. Bei dieser Gelegenheit ist Ihnen offensichtlich auch noch unterlaufen, zu behaupten, wir hätten in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit eine Wirtschaftskrise. Herr Eichel, eine solche Behauptung zu einem Zeitpunkt, in dem die Wirtschaft weltweit stärker wächst als in den letzten Jahrzehnten jemals in einem größeren zusammenhängenden Zeitraum, hätte kein einziger Ihrer sozialdemokratischen Vorgänger im Amt des Bundesfinanzministers gemacht. Wir haben nicht weltweit eine Krise, sondern wir haben in Deutschland eine Krise bei der Anpassung an die nach wie vor dynamisch wachsenden Kräfte der Weltwirtschaft.

Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie die Behauptung aufgestellt, es gebe eine Verschuldung in einer Größenordnung von 87 Mrd. DM, die mit der zusammengebrochenen DDR zusammenhänge. Herr Eichel, wir haben bis zum heutigen Tag eine Verschuldung von mehr als 500 Mrd. DM, die von der alten DDR herühren. Wir haben in derselben Zeit einen Nettotransfer in die neuen Bundesländer

in einer Größenordnung von mehr als 600 Mrd. DM leisten können. Was übrigbleibt, ist eine gemessen am Bruttoinlandprodukt deutlich zurückgegangene Staatsverschuldung gegenüber der Zeit der Bundesrepublik Deutschland, in der Sie regiert haben. Das ist die Wahrheit. Nun behaupten Sie doch bitte nicht wider besseres Wissen, dass Ihnen für die Zukunft keine Privatisierungserlöse mehr zur Verfügung stehen. Alleine aus der Privatisierung der Telekom und ihrem gestiegenen Börsenwert steht Ihnen ein zweites Paket in einem Börsenwert von 160 Mrd. DM zur Verfügung. Wenn man davon das, was die Kreditanstalt für Wiederaufbau dem Bund bereits zur Verfügung gestellt hat, abzieht, dann steht noch immer mindestens die Hälfte des Börsenwertes dieses Aktienpaketes zur Verfügung.

Herr Eichel, Sie haben über das zentrale Thema der politischen Auseinandersetzung, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wohlweislich fast jede Bemerkung vermieden. Der Sachverständigenrat schreibt in seinem letzten Gutachten: Am Ende des Jahres 1999 kann die deutsche Wirtschaftspolitik keine nennenswerten Erfolge bei ihrem vorrangigen Ziel vorweisen, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies ist die tatsächliche Bilanz des ersten Jahres rotgrüner Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Herr Eichel, nun rühmen Sie sich der Tatsache, dass Sie in diesem und im nächsten Jahr zusätzliche Mittel für „aktive Arbeitsmarktpolitik“ ausgeben wollen. In Ihrem Redemanuskript steht der Satz: Insgesamt



Erwin Teufel:

## Mit neuem Finanzausgleich Föderalismus reformieren

**Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bietet nach den Worten von Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel die Chance zu einer Reform des Föderalismus.**

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern müssten grundlegend neu gestaltet werden, sagte Teufel am 24. November in einer Regierungserklärung vor dem Landtag. Das Bundesverfassungsgericht hatte vor zwei Wochen entschieden, dass der Länderfinanzausgleich bis zum Jahr 2005 neu geregelt werden muss.

Teufel betonte: Es gelte, eine klare Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern und eine eigene Steuerautonomie für die Länder zu erreichen. Mischfinanzierungen zwischen beiden Ebenen müssten abgebaut werden.

Der Regierungschef war zusammen mit dem Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde von der Ministerpräsidentenkonferenz beauftragt worden, die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu koordinieren.

stehen dem Haushalt 2000 7 Mrd. DM mehr als 1998 für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Wenn Sie eine solche Behauptung aufstellen, dann sollten Sie aufhören, darüber zu klagen, dass im Jahr 1998 angeblich die Mittel für ABM von uns einseitig zu Wahlkampfzwecken erhöht worden sind. Das stimmt offensichtlich nicht. Genau an dieser Stelle wird der Unterschied in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen dieser Regierung und unseren Vorstellungen deutlich.

Sie geben über 7 Mrd. DM mehr für eine zusätzliche Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes aus. Gleichzeitig kürzen Sie die Mittel für Investitionen um fast genau diesen Betrag. An dieser Stelle kommt etwas zum Ausdruck, was uns in der Tat trennt. Sie misstrauen zutiefst den marktwirtschaftlichen Kräften dieser Volkswirtschaft, dafür zu sorgen, dass ein höheres Maß an Beschäftigung erreicht wird. Sie wollen ein höheres Maß an staatlicher Intervention.

Dies wird deutlich, wenn man sich die Eckwerte des Bundeshaushaltes von 1999 bis zum Jahr 2003 ansieht. Der Anteil der vom Bund zu leistenden Ausgaben wird an keiner Stelle so kontinuierlich wie bei den investiven Ausgaben abgeschmolzen.

Sie von der rot-grünen Koalition bestreiten, dass wir in der Lage sind, eine Steuerreform mit einer wirklich nachhaltigen Nettoentlastung durchzuführen. Bund, Länder und Gemeinden verfügen im Jahr 2000 über 905 Mrd. DM an Steuereinnahmen. Das sind im Vergleich zu 1998 rund 50 Mrd. DM mehr. Im Jahr 2001 werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden noch einmal um 27 Mrd. DM höher sein. Wenn wir der Auffassung sind, dass eine Nettoentlastung von mindestens 30 Mrd. DM möglich sein sollte, dann wollen wir im Jahr 2001 die Hälfte der Steuermehreinnahmen an die Bürger sowie an die Unternehmen dieses Landes zurückgeben.

Matthias Wissmann:

## Unberechenbar, chaotisch, ohne Verlass

**Die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder/Fischer ist von Stillstand und Rückschritt gekennzeichnet: keine Erfolge bei der Arbeitsmarktpolitik, Stillstand in der Energiepolitik, keine vorzeigbaren Ergebnisse beim Bündnis für Arbeit, eine gescheiterte Gesundheitspolitik, keine Steuerreform, die Unternehmen und Unternehmer, Bürgerinnen und Bürger deutlich entlastet, keine wirkliche Rentenreform.**

Eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss gibt es nicht. Wer angetreten ist, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, muss nach einem Jahr eingestehen, dass er die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen nicht geschaffen hat. Weltweit verbessern sich die wirtschaftlichen Perspektiven. Der internationale Währungsfonds korrigierte seine Wachstumserwartungen für die Entwicklungen der Weltwirtschaft in diesem und im kommenden Jahr nach oben. Viele Staaten haben ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert. In Deutschland aber bewegt die Wirtschaftspolitik nichts. Der sich 1998 verstärkende Aufschwung ist zum Erliegen gekommen. Die Wachstumsraten für 1999 sind nach unten korrigiert. Mit 1,3 Prozent sollen sie nicht einmal mehr halb so stark ansteigen, wie im vergangenen Jahr noch prognostiziert. Die günstigen Prognosen für 2000 werden praktisch ausschließlich mit außenwirtschaftlichen Faktoren begründet. Der Sachverständigenrat umreißt sein Gesamturteil über ihre Wirtschaftspolitik mit folgenden Worten: „Die für das Zukunftsvertrauen der Marktteilnehmer so wichtige

Verlässlichkeit der Politik fehlte bislang und muss noch geschaffen werden; sie ist eine *conditio sine qua non* für die volle Entfaltung der Wachstumskräfte.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen mit Italien die Wachstumsbremse innerhalb der Europäischen Union. Statt wie bisher ein Wachstumsmotor innerhalb der EU und Weltwirtschaft zu sein, stottert die Konjunktur in Deutschland. Auch der neue Bundesfinanzminister Eichel konnte bisher kein Vertrauen in die Finanz- und Wirtschaftspolitik herstellen. Der Haushalt 1999 wurde mit Zustimmung von Schröder, Lafontaine und Eichel um 6 Prozent bzw. 30 Mrd. DM aufgebläht, um die Nachfrage zu stärken. Jetzt sollen diese 30 Mrd. DM im Jahr 2000 wieder eingespart werden.

Dabei handelt es sich letztlich nur um eine Senkung von 7,5 Mrd. DM, wenn man den Entwurf 2000 dem Haushalt 1999 gegenüberstellt. Damit liegen die Haushaltsansätze der Regierung Schröder/Fischer weit über den Ansätzen von 1998 und dem vorgelegten Entwurf von Theo Waigel für 1999.

Die Wirtschaftspolitik der Schröder-Regierung ist unberechenbar, chaotisch und ohne Verlass. Im Schröder-Blair-Papier wird mehr Marktwirtschaft und weniger Staat gefordert. Doch die politische Realität brachte mit der Scheinselbstständigkeitsregelung und den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen mehr Staat und bringt mit der Budgetierung und Rationierung im Gesundheitswesen weniger Markt. Die SPD-Linke fordert mehr staatliche Len-



Heinrich Wilhelm Ronsöhr:

## Schlechtestes Jahr für die Landwirte

**Der Etat des Bundes steigt von 1998 bis 2000 um 22 Mrd. DM. So wie der Haushalt trotz gegenteiligem Gerede seitens Rot-Grün gestiegen ist, so steigt auch die Belastung für die Landwirtschaft. Unserer Landwirtschaft wird schweres Gewicht auf- und angelegt.**

Es muss jeder tragen, aber wenn es 2 oder 3 Zentner werden, dann bricht man unter den Lasten zusammen. Bei 4 oder 5 Mrd. DM an Belastung für die Landwirtschaft wird es bei der jetzigen Situation unerträglich. Leider kann man nur so die Agrarpolitik von Funke und Schröder beschreiben. Ein Jahr Rot-Grün, das ist das schlechteste Jahr, das die Landwirte in der Geschichte der Bundesrepublik erfahren haben. Die Beitragslasten für die agrarsozialen Sicherungssysteme steigen, weil die Bundesregierung den Landwirten keine Gerechtigkeit widerfahren lässt. Bei den Renten für landwirtschaftliche Altenteiler werden 250 Mio. DM eingespart und gleichzeitig steigen die Beiträge. Bei der Dieselerückvergütung macht man eine Politik, die eher nach Absurdistan, als nach Deutschland gehört. Alles wird noch bürokratischer, kleinere Betriebe mit

einer höheren Intensität werden ausgespielt. Ab 60 bis 70 Hektar müssen die Landwirte viermal soviel für Diesel bezahlen wie in Frankreich oder Dänemark. So verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in einer Zeit, in der man sie stärken müsste. Dieser Haushalt ist ein Zeugnis von Funkes Passivität gegenüber der Bauernfeindlichkeit von Schröder. Ohne jede Widerstandskraft, ohne jegliches Agrarkonzept aus sich selbst heraus, dümpelt Funkes Politik vor sich hin. Allein die Folge der nationalen Politikbeschlüsse – darunter das sogenannte Steuerentlastungsgesetz, die erste und zweite Stufe der Ökosteuer sowie das Haushaltssanierungsgesetz – belasten die deutsche Landwirtschaft zusätzlich mit 3,5 Mrd. DM. Davon sind insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe hart betroffen. Hinzu kommen die Auswirkungen der Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000 mit nochmals 1,5 Mrd. DM Belastung. Alles in allem 5 Mrd. DM mehr bis zum Jahr 2006. Dies bedeutet 20 bis 25 Prozent weniger Einkommen für die Landwirte.

kung durch Umverteilung. Die SPD-Programmkommission propagiert einen dritten Weg. Statt eines überzeugenden ökonomischen Zukunftskonzepts reduziert sich die SPD-Politik auf Sparen um des Sparens willen.

Sparen um des Sparens willen, wie es im sogenannten rot-grünen Zukunftspro-

gramm angestrebt wird, führt aber nicht zu dem wichtigsten aller Ziele: mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger werfen zu Recht die Frage nach der sozialen Ausgewogenheit auf. Denn Sparen kann nur überzeugend und erfolgreich sein, wenn es von einem ökonomischen und sozial fundierten Konzept getragen wird. ■



# Der Beschluss des Bundestags ist nicht gesetzesgeeignet

**In der letzten Woche hat die rot-grüne Koalition wieder einmal ein neues Stück aus ihrem Repertoire „Pannen, Pleiten und Peinlichkeiten“ aufgeführt. Das Gesundheitsreformgesetz, so stellte man fest, war den Abgeordneten des Deutschen Bundestages in einer unvollständigen Fassung vorgelegt worden und mit der Stimmenmehrheit der Regierungskoalition am 4. November so auch verabschiedet worden.**

24 Seiten – unter anderem mit den wichtigen Regelungen zum Risikostrukturausgleich der ostdeutschen Krankenkassen – fehlten schlicht und ergreifend in der Drucksache für die zweite und dritte Lesung. Der Bundestag hat demnach nur ein Gesetzestorso verabschiedet, das so nie im Gesetzblatt veröffentlicht werden könnte und in unseren Augen deshalb nichtig ist.

Damit das Wirrwar und das Chaos in diesem Gesetzgebungsverfahren deutlich werden, muss man sich die einzelnen Schritte, die die rot-grüne Gesundheitsreform durchlaufen hat, genau vor Augen führen:

In einer beispiellosen Hektik hat der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages – immerhin wurden in der Woche vor der 2./3. Lesung noch rund 400 Seiten Änderungsanträge beraten – den Entwurf dieses Gesundheitsreformgesetzes beschlossen. Die Beschlussempfehlung wurde anschließend den Abgeordneten zugeleitet. Schon während der Debatte tauchten die ersten Schlampereien und Fehler auf: So fanden sich auf der über 500 Seiten starken Beschlussempfehlung auch Änderungen wieder, die vom Gesundheitsausschuss eigentlich längst gestrichen worden waren.

Daraufhin wurde auf unseren Antrag das Plenum unterbrochen, eine Sondersitzung des Ältestenrates sowie des Gesundheitsausschusses einberufen, um die Fehler und mögliche Konsequenzen zu klären. Wir haben dabei in beiden Gremien unsere Hilfe angeboten, in einer konzertierten Aktion aller Beteiligten, den Gesetzentwurf nochmals über Nacht auf formale und inhaltliche Fehler zu prüfen, und die Beratungen am darauffolgenden Tag wieder aufzunehmen. Die Bundesgesundheitsministerin, die Gesundheitsexperten und die

**Von Hans-Peter Replik, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Parlamentarischen Geschäftsführer der Koalition wiesen unsere Vorschläge, mit denen wir ihnen Brücken bauen wollten, in ihrer bekannt überheblichen Art zurück.

Auf die dezidierte Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble, ob man denn jetzt garantieren könnte, dass weitere Fehler im Gesetzeswust vorhanden seien, erklärte man mit dem Brustton der Überzeugung, es gebe keine weiteren „redaktionellen“ Mängel. Eigentlich hätte den an diesem Tag aufgeschreckten rot-grünen Gesundheitsexperten nach dem ersten Desaster der zweite, weitaus größere Mangel des Gesetzentwurfs – das Fehlen von 24 Seiten Gesetzestext – auffallen müssen. Tatsächlich wurden die fehlenden 24 Seiten allerdings erst Tage später vermisst, als das beschlossene Gesetz dem Bundesrat bereits zugeleitet war.



Um es klar zu sagen: Uns geht es nicht nur um politische Stillfragen. Da dieser Beschluss des Bundestages so nicht im Gesetzblatt stehen könnte, da selbst Interpretation ihn nicht anwendungsfähig machte, ist er nicht gesetzesgeeignet, sondern nichtig. Das Gesundheitsreformgesetz 2000 ist kein heterogenes Artikelgesetz, das eine Vielzahl unterschiedlichster Materien zusammenführt. Es befasst sich mit einer Materie, es muss in dieser Gesamtheit Bestand haben können, um Gültigkeit zu erlangen. Was also den Deutschen Bundestag passiert hat, ist im Ergebnis kein Gesetz, sondern bereits im formalen ein Torso.

### Falsche Grundlage

Eine weitere Pikanterie kommt hinzu: Die GKV-Gesundheitsreform 2000 ist ein im Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetz. Der Bundestagspräsident legte das eigentlich vom Bundestag beschlossene, aber fehlerhafte Gesetz – oder sagen wir besser den Torso der rot-grünen Gesundheitspolitik – einfach beiseite und leitete die ursprüngliche Ausschussfassung, also einschließlich der im Bundestagsbeschluss fehlenden 24 Seiten, dem Bundesrat zu. Mit diesem Entwurf und auf dessen Grundlage hat der Gesundheitsausschuss des Bundesrates getagt und beschlossen. Wohlgermerkt: Für die Entscheidung der Vertreter der neuen Bundesländer im Gesundheitsausschuss des Bundesrates war insbesondere auch der vorgesehene Risikostrukturausgleich ausschlaggebend gewesen. Damit ging der Gesundheitsausschuss des Bundesrates bei seinen Beratungen und seinem Votum von einer falschen Grundlage aus.

Der anschließende, fast schon rührend anmutende Versuch eines Kanzleramtsministers, dem Bundesrat nebenbei zu erklären, leider seien einige Seiten in dem Gesetzentwurf irrtümlich übermittelt worden, konnte die korrekte Zuleitung ebenso

wenig ersetzen wie das korrigierende Schreiben des Bundestagsdirektors, der schließlich die vom Bundestag beschlossene Fassung dem Bundesrat übermittelte. Die Verfassung ist eindeutig: Artikel 77 GG sieht vor, dass Gesetzesbeschlüsse nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrat zuzuleiten sind. Was allerdings zugeleitet wurde, war nicht das Beschlossene, das Beschlossene war kein Gesetz, und dieses Nullum ist lediglich durch die Übersendung einer Gebrauchsanleitung für das weitere Verfahren im Bundesrat auf Verwaltungsebene mitgeteilt worden.

Die rot-grüne Koalition verfährt in dieser Situation leider nach der Methode: Augen zu und durch. Mit den Stimmen der Regierungsmehrheit hat der Bundestag in dieser Woche unser faires Angebot abgelehnt, die Nichtigkeit des Beschlusses vom 4. November anzuerkennen und das vollständige Gesetz in einer neuen 2./3. Lesung zu verabschieden. Das heißt, man mutete jetzt dem Bundesrat zu, auf der Basis einer so unsicheren, weil fehlerhaften Rechtsgrundlage zu beraten. Das, was aus Schlampigkeit passiert ist, soll nun im Vermittlungsausschuss geheilt werden.

### Rot-grüne Geisterfahrer

Man muss sich zu recht fragen: Was ist das für ein Parlamentsverständnis? Der Vermittlungsausschuss ist nicht die Reparaturwerkstatt für Unfallschäden rot-grüner Geisterfahrer. Was der Bundestag entscheidet, muss auch im Gesetzblatt stehen können. Diese Sammlung von Widersprüchlichkeiten, von Bruchstücken, von Wegen in die Irre dem Bundesrat oder letztlich dem Bundespräsidenten zumuten zu wollen, ist kein pfleglicher Umgang von Verfassungsorganen miteinander. Es schadet zudem zutiefst dem Vertrauen der Bürgern und in diesem Fall vor allem der Versicherten in die Gesetzgebungskompetenz des Deutschen Bundestages. ■



# Konkurse am Bau – ein Fall gelöst, 4000 bleiben

**Wegen der Zusagen staatlicher Unterstützung an die Philipp Holzmann AG wandte sich der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss, in einem offenen Brief an den Bundeskanzler:**

Mit Ihrer Intervention haben Sie entscheidend zur Abwendung der Insolvenz der Philipp Holzmann AG beigetragen. Sie haben den Nachweis erbracht, dass es möglich ist, binnen kürzester Zeit erhebliche öffentliche Finanzmittel und Garantien zu mobilisieren, um den Zusammenbruch privatwirtschaftlicher Unternehmen zu verhindern. Im Sinne gleicher Wettbewerbsbedingungen kann diese Form staatlicher Unterstützung nicht auf notleidend gewordene Großunternehmen beschränkt werden. Der politische Wille, der im Fall Holzmann durch die Bundesregierung zum Ausdruck gebracht wurde, muss daher auch auf mittelständische Unternehmen Anwendung finden. In 1999 werden voraussichtlich insgesamt 4.400 mittelständische Betriebe am Bau aufgeben und dadurch mehr als 40.000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

**Vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes fordere ich Sie auf,**

● die Finanzämter in Deutschland durch die Finanzminister von Bund und Ländern

anzuweisen zu lassen, gegenüber existenzgefährdeten Unternehmen Bereitschaft zu zeigen, Steuerforderungen zu stunden und Zahlungspläne zu vereinbaren, die den Unternehmen eine Überlebenschance eröffnen,

● die bundeseigenen Banken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Deutsche Ausgleichsbank, zu veranlassen, Kredit- und Bürgschaftsprogramme für alle existenzgefährdeten Betriebe zur Verfügung zu stellen,

● Ihren Fraktionskollegen Wiesehügel als Vorsitzenden der IG BAU aufzufordern, Tarifverträge abzuschließen, die es nicht nur Philipp Holzmann, sondern auch den vielen bedrängten mittelständischen Bauunternehmen ermöglichen, in Notsituationen längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne zu vereinbaren. Eine privilegierte Regelung durch Haustarifvertrag nur für Holzmann ist dagegen eine gravierende Wettbewerbsverzerrung.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Fähigkeit zum schnellen und unbürokratischen Handeln, die Sie bei der Bewilligung der 250-Millionen-Hilfe für Holzmann unter Beweis gestellt haben, auch der mittelständischen Wirtschaft zuteil werden ließen.

**Unsere**

**Elektronischen**

**Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)



# Beratungsfusch jetzt auch beim Wohngeld

Nach den bekannt gewordenen Pannen bei der Gesundheitsreformgesetzgebung muss die rot-grüne Bundesregierung auch bei der Wohngeldnovelle – ebenfalls in das von der Bundestagsmehrheit durchgepeitschte sog. Haushaltssanierungsgesetz eingebunden – Pannen eingestehen. Dazu erklärte der Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy:

Das für die Wohngeldnovelle zuständige Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen räumt jetzt in einem Schreiben an den Präsidenten des Bundestages ein, dass sich auch in die vom Bundestag am 12. November beschlossene Wohngeldrechtsreform Fehler eingeschlichen haben, die, wenn sie nicht noch nachträglich korrigiert würden, die Bürger in den neuen Ländern von der gesamtdeutschen Wohngeldanhebung ab 2001 zunächst ausschließen würden.

**Konkret:** Die Bürger in den neuen Ländern kommen derzeit noch in den Genuss eines höheren Wohngeldes durch eine Sonderregelung, die Ende nächsten Jahres ausläuft. Dieses Sonderwohngeld Ost sollte ab 2001, wenn denn das neue Gesetz das sich abzeichnende Vermittlungsverfahren überhaupt übersteht, durch das gesamtdeutsche verbesserte Wohngeldrecht abgelöst werden. Da aber die Wohngeld-Bewilligungsbescheide üblicherweise bereits in 2000 für das nachfolgende Jahr eingereicht werden und ergehen müssen, muss eine entsprechende Übergangsregelung bereits ab 1. 1. 2000 – und nicht wie im aktuellen Gesetzestext vorgesehen erst ab 1. 1. 2001 – in Kraft treten.

Wie bei der Gesundheitsreform ist diese Panne Spiegelbild eines überstürzten parlamentarischen Beratungsverfahrens. Im für das Haushaltssanierungsgesetz federführenden Haushaltsausschuss fand praktisch keine Sachberatung statt, im eigentlich zuständigen Fachausschuss wurde die Mitberatung auf eine knappe Stunde komprimiert, 17 Änderungsanträge wurden in letzter Minute vorgelegt.

## Neuer Vorstand

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat seit dem 17. November einen veränderten Vorstand. Nachdem Ingo Friedrich MdEP zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt worden ist und daraufhin sein Amt als Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe niedergelegt hatte, waren Neuwahlen nötig geworden. Neuer Co-Vorsitzender wurde der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer Markus Ferber. Zu dessen Nachfolgerin wurde Angelika Niebler gewählt. Der neue Vorstand hat nun folgende Zusammensetzung:

**Vorsitzender:** Hartmut Nassauer  
**Co-Vorsitzender:** Markus Ferber  
**Parl. Geschäftsführer:**  
 Werner Langen, Angelika Niebler

**Stellv. Vorsitzende:** Reimer Böge, Lutz Goepel (zugleich Schatzmeister), Hedwig Keppelhoff-Wiechert, Doris Pack, Karl von Wogau.



## Tricks und Murks keine Grundlage für Gesundheitsreform

**Zur Abstimmung über die Gesundheitsreform im Bundesrat am 26. November erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:**

Die Ablehnung der Gesundheitsreform durch den Bundesrat ist eine Absage an die Chaospolitik der Bundesregierung.

Das Gesetz ist ein Trümmerhaufen und hätte so nie an den Bundesrat weitergeleitet werden dürfen. Das Verfahren zeigt einen Mangel an Respekt vor den parlamentarischen Gremien. Nach den Plänen der Bundesregierung soll jetzt der Vermittlungsausschuss als gemeinsames Gremium von Bundesrat und Bundestag das Gesetz zu einer im Bundesrat zustimmungsfreien Vorlage

umstricken. Die Länder sollen also an politischen Manipulationen beteiligt werden, um ihre Mitsprachemöglichkeit auszuhebeln. Das ist praktisch eine Aufforderung zur Selbstverstümmelung. Dabei kann nichts vernünftiges herauskommen.

### Wir wollen Gespräche ohne Zeitdruck

Wenn die Bundesregierung wirklich den Konsens über eine zukunftsorientierte und nachhaltige Gesundheitsreform anstrebt, sollte sie die Tricks und Murksereien lassen und in ernsthafte Gespräche ohne Zeitdruck eintreten. Wir sind dazu bereit. Als Steigbügelhalter für einen Gesetzestorso steht die Union jedoch nicht zur Verfügung.

## Fast jeder dritte geringfügig Beschäftigte hat gekündigt

**Diese Zahl nannte der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) auf seiner Halbjahrespressekonferenz in Berlin.**

Die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes habe sich für seine Branche als „erstklassiger Jobvernichter“ erwiesen, sagte Verbandspräsident Erich Kaub.

Bis September diesen Jahres haben laut einer Umfrage des DEHOGA in 830 Betrieben rund 5.000 von 14.000 der dort geringfügig Beschäftigten gekündigt. Gleichzeitig seien etwa 300 sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen worden, berichtete Kaub.

Diese Voll- und Teilzeitstellen seien vor allem in den großen Betrieben der Gastronomie und der Hotellerie entstanden. ■

## GESUNDHEITSREFORM

### Desaster

Nun sind also auch noch die letzten SPD-regierten Länder von der Stange gegangen: Keine einzige Stimme hat das Reformpaket von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer im Bundesrat erhalten – das ist sehr bitter für die Politikerin der Grünen. Auch lang gediente Beobachter erinnern sich nicht an ein vergleichbares Debakel für ein Regierungsvorhaben in der Länderkammer.

Stuttgarter Zeitung



# Stopp für Verschwendung auf dem 2. Arbeitsmarkt

**Zur Beratung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über den Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 2000 erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und der Berichterstatter zum Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Hans-Joachim Fuchtel:**

Die Bundesregierung hat dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für das Jahr 2000 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Von den Gesamtausgaben der BA in Höhe von 104,1 Mrd DM sollen danach 7,7 Mrd DM durch einen Defizitzuschuss des Bundes gedeckt werden; dies entspricht der von der rot-grünen Koalition im Rahmen der Haushaltsverhandlungen durchgesetzten Haushaltsplanung des Bundes für das Jahr 2000.

Nach dieser Planung soll die BA im Jahr 2000 49,4 Mrd DM für das Arbeitslosengeld und nicht viel weniger, nämlich 42,5 Mrd DM, für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgeben; unter Einschluss der Bundesleistungen werden im Jahr 2000 insgesamt sogar 46 Mrd DM für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufgewendet.

Diese Aufblähung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist von der Union bereits in den Beratungen zum Bundeshaushalt massiv kritisiert worden. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind im Schnitt pro Kopf mehr als doppelt so teuer wie das Arbeitslosengeld. Die dadurch entstehenden Mehrkosten belaufen sich im Jahr 2000 auf über 20 Mrd DM. Dieser Mehraufwand wäre nur vertretbar, wenn die aktive Arbeitsmarktpolitik in aller Re-

gel ihr Ziel erreichen würden, nämlich die Wiedereingliederung des Geförderten in den nicht subventionierten Arbeitsmarkt.

Mit den Mitteln des Bundeszuschusses von 7,7 Mrd DM könnte der Bund wesentlich mehr für Investitionen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt erreichen. Würde dieser Betrag zusätzlich für Straßenbau, Stadtanierung und neue Technologien investiert, würden bald mehr Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt entstehen; die Zahl der Steuer- und Beitragszahler würde steigen und zu einer Minderung der Steuer- und Abgabenlast beitragen.

## Keine echte Chance

Nach einem Bericht des „Spiegel“ (Nr. 48 vom 29.11.1999, Seite 64 ff: „Virtueller Sunshine“) aus dieser Woche werden im Rahmen des von der Bundesregierung so stolz gefeierten Programms gegen die Jugendarbeitslosigkeit Jugendliche regelmäßig in Beschäftigungs- bzw. Bildungsmaßnahmen gesteckt, die ihnen tatsächlich keine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt bieten.

Vor diesem Hintergrund hat die Union im Haushaltsausschuss beantragt, die Bundesregierung aufzufordern, den BA-Haushalt nur unter Auflagen zu genehmigen, die einen Bundeszuschuss im Ergebnis ausschließen; außerdem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einer Prüfung und Evaluierung durch ein neutrales und kompetentes Institut zu unterziehen und über das Ergebnis bis zum Oktober des Jahres 2000 zu berichten, damit aus dem Ergebnis der Prüfung für den nächsten Haushalt der BA noch Schlüsse gezogen werden können. ■



# Bürgschaft der Länder

**Hessens Ministerpräsident Roland Koch will dem bedrohten Magnetschnellzug auf die Stelzen helfen**

**Focus:** *Philipp Holzmann ist gerettet. Wieso fehlt dieser Einsatz von Politik und Wirtschaft beim Transrapid?*

**Roland Koch:** Bei der hessischen Landesregierung jedenfalls nicht. Deshalb bieten wir den Ländern an, eine gemeinsame Bürgschaft für den Transrapid zu organisieren, um die fehlende Entschlossenheit der Bundesregierung auszugleichen. Im Bundeskabinett wird der Transrapid zwischen Rot und Grün zerrissen. Die Grünen wollen den Transrapid nicht. Teile der SPD unterstützen sie dabei. Deshalb hat der Verkehrsminister hier keine Handlungsfreiheit.

**Focus:** *Wie soll diese Länderbürgschaft aussehen?*

**Roland Koch:** Die Länder an der Strecke und die mit Produktionsstandorten wollen mit einer Bürgschaft helfen. Durch die einspurige Variante ist der Fahrweg mit den 6,1 Milliarden Mark vom Bund bezahlbar. Aber die Bahn ist nicht mehr bereit, die volle Gebühr für die Nutzung der

Strecke zu garantieren. Wenn dann einige Procente offen bleiben, sollten wir Länder darüber reden, diese verbleibende Lücke als Kapitalrisiko abzusichern, was der Bund ja nicht will.

**Focus:** *Ein Kilometer Transrapid kostet 22 Millionen Mark, aber 47 Millionen allein der Kilometer ICE zwischen Köln und Frankfurt. Kann die Magnetbahn ein Milliardengrab sein?*

**Roland Koch:** Die Preisberechnungen beim Transrapid sind willkürlich. Der Streit um die Technik wird mit vorgeschobenen Zahlen geführt. Allein die Preissteigerungen bei der ICE-Strecke Köln-Frankfurt sind höher als alle Veränderungen der Preise bei der Planung des Transrapid. In Wahrheit geht es wieder mal um das Ja oder Nein zu einer modernen Technologie.

**Focus:** *Hätte Frankreich den Transrapid gebaut?*

**Roland Koch:** Sicher. Die Franzosen haben schon mit dem TGV unseren ICE überholt. Zudem holen die Japaner in der Magnetbahntechnik rasant auf.

## Mehrheit gegen Sonntagseinkauf

Für die Bundesbürger ist der Sonntag immer noch heilig. Nach einer repräsentativen Umfrage des Hamburger Freizeit-Forschungsinstituts der British-American Tobacco (BAT) unter 1.000 Bürgern ab 14 Jahren lehnen es 56 Prozent der Bevölkerung ab, am Sonntag einzukaufen, Behördengänge zu erledigen oder arbeiten zu gehen.

Deutliche Unterschiede gibt es allerdings in den verschiedenen Altersstufen: 48 Prozent der 14 bis 24-Jährigen würden gerne am Sonntag einkaufen gehen, weil dies für sie als Freizeiterlebnis gelte. 81 Prozent der Bevölkerung ab 25 Jahren dagegen wollen nichts vom Sonntagseinkauf wissen.



## Götz erneut Vorsitzender der KPV

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz ist am 26. November auf der diesjährigen Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), die unter dem Motto in Berlin stand „Den Bürgern Heimat geben“, erneut mit großer Mehrheit von den Delegierten zum Bundesvorsitzenden gewählt worden.

In seiner Rede vor den Delegierten führte Götz aus: „Städte und Gemeinden sind das Fundament unserer Politik. Die Kommunalpolitik ist die große Schule politischer Arbeit, auf welche der Bürger unmittelbar Einfluss nehmen kann. Leistungsfähige Kommunen unter dem Gesichtspunkt einer starken kommunalen Selbstverwaltung benötigen mehr Freiheit, Flexibilität und eine stärkere Finanzautonomie. Der Bürger muss sich mit der



Politik identifizieren können. Die Arbeit im vopolitischen Raum und der ehrenamtlich Tätigen ist besonders wichtig.

Die rot-grüne Schröder Regierung dagegen belastet die Kommunen durch die Übertragung der Wohngeldkosten, durch den Vertrauensbruch im Konnexitätsprinzip und macht sie so zum „Sparschwein der Nation“.

### Faire Partnerschaft

Götz forderte aus diesem Grund eine „faire Partnerschaft“ zwischen dem Bund und den Kommunen, die keine Ausgabenverlagerung auf den kleineren Partner zulässt und eine Reform der Gemeindefinanzen ermöglicht.

www.cdu.de/kpv

## Strafanzeige gegen Klimmt erwogen

Der Bund der Steuerzahler erwägt Strafanzeige gegen Bundesbauminister Reinhard Klimmt. Der geplante Verkauf der 114.000 Eisenbahnerwohnungen zum halben Wert erfülle möglicherweise den Tatbestand der Amtsuntreue, erklärte der bayerische Landesverband am Dienstag in München. Obwohl Gutachter den Wert der Wohnungen mit 15 Milliarden Mark bezifferten, plane Klimmt, die Wohnungen

für 7,1 Milliarden an ein Konsortium aus privaten Immobilienunternehmen und Landesentwicklungsgesellschaften zu verkaufen. Dies entspreche einem Kaufpreis von nicht einmal 1.000 Mark pro Quadratmeter. Der SPD-Politiker wolle den Verkauf zu Lasten der Mieter und der Steuerzahler offenbar rasch „durchpeitschen“, um Geld für seinen Verkehrshaushalt zu beschaffen.



# Schilys Worten müssen endlich auch einmal Taten folgen

**Worte, Worte, nichts als Worte. Das kennzeichnet die Politik von Bundesinnenminister Otto Schily. Über ein Jahr ist er nun im Amt. Außer der völlig verfehlten Teil-Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und einer Reihe umstrittener Denkanstöße hat er allerdings noch nichts zu Wege gebracht. In der Debatte über den Bundeshaushalt 2000 zog der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, Bilanz:**

Vor einem Jahr verkündete Otto Schily, dass die Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung überschritten sei. Einen Gesetzentwurf zur Zuwanderungsbegrenzung aber hat er bis heute nicht vorgelegt. Auch zur besseren Bekämpfung der illegalen Zuwanderung findet sich in seinem Haushalt nicht eine Mark, um z. B. das Ausländerzentralregister auszubauen oder eine Warndatei zu schaffen. Beides könnte große Dienste leisten im Kampf gegen Visafälscher, Schleuser und Menschenschlepper. Da die Bundesregierung dieses wichtige Problem nicht angeht, hat die CDU/CSU-Fraktion einen ausgereiften Gesetzentwurf hierzu vorgelegt.

## *In der Asyldebatte nur starke Worte*

Otto Schily stellt das subjektive Asylgrundrecht in Frage. Konkrete Vorschläge zur Asylrechtsänderung aber hat er bis heute nicht vorgelegt, obwohl er weiß, dass die Union sinnvolle, zuwanderungsbegrenzende Grundgesetzänderungen mitzutragen bereit wäre. Asylverfahren müssen abgekürzt, Sozialleistungen für Asylbewerber angesichts der EU-Gefälles gekürzt, Abschiebungen schnell vollzogen werden.

Otto Schilys Politik aber geht in die andere Richtung: Er setzt sich dafür ein, dass abgelehnte Asylbewerber über Altfallregelungen dennoch bleiben können. Er stellt das Flughafenverfahren erneut auf den Prüfstand. Eine gerechte Lastenverteilung in Europa konnte er nicht durchsetzen. Und Asylbewerber bleiben länger bei uns, weil seit Schilys Amtsantritt die Zahl der unerledigten Erstanträge auf Asyl drastisch angestiegen ist: Von 32 000 (Okt. '98) auf fast 50 000 (Okt. '99). Statt aber die Mittel für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu erhöhen und so den Antragsstau aufzulösen, kürzt Schily hier in Millionen-Höhe.

## *Keine überzeugenden Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung*

Otto Schily versprach, entschlossen gegen Kriminalität vorzugehen. Doch nichts Neues geschieht zur Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten oder zur besseren Verfolgung von Internetkriminalität. Nichts geschieht, um die Bekämpfung der Geldwäsche voranzutreiben. Die Novellierung des Waffenrechts lässt auf sich warten. Statt dessen betreibt die Koalition die ersatzlose Abschaffung der bewährten Kronzeugenregelung. Allein deren Existenz hat die Aussagebereitschaft und den Ausstieg aus der organisierten Kriminalität gefördert. All dies stellt Schily nun in Frage. Überdies streicht er die Mittel für die Bereitschaftspolizei in den Ländern zusammen. Und die Kunden der Bahn werden für ihre Sicherheit extra zur Kasse gebeten, weil die Bahn AG 250 Mio. DM für den Einsatz der BGS-Bahnpolizei berappen muss. Ein seltsames Verständnis vom staatlichen Gewaltmonopol.



## Thomas Schäuble fordert in Asyl-Debatte konkretes Konzept Schilys

**In der jüngsten Asyldebatte hat der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble Bundesinnenminister Otto Schily aufgefordert, ein präzises Konzept vorzulegen oder zu schweigen.**

„Er hat gegackert, aber nicht gelegt“, sagte Schäuble dem Nachrichtenmagazin „Focus“ zu Erklärungen Schilys, dass nur wenige Asylsuchende Anspruch hätten. Mit solchen Äußerungen würde keinem gedient, denn es würden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten.

### Derzeit keine Mehrheit

„Ich sehe für eine Abschaffung des Grundrechts auf Asyl derzeit keine Mehrheit“, sagte Schäuble. Allerdings werde sich Deutschland im Rahmen

der Harmonisierung des Asylrechts in Europa bewegen müssen.

Im Bundesrat wisse Schily dabei die 16 Länderinnenminister, auch die sieben der SPD, hinter sich. Schäuble: „Eine solch breite politische Einigkeit wäre vor einem halben Jahr noch undenkbar gewesen. Schily wird es im Bundesrat wohl leichter haben als in seiner eigenen Koalition.“

### Anreize reduzieren

Der baden-württembergische Innenminister forderte, die Anreize für die Flüchtlinge „drastisch zu reduzieren“, die des Geldes wegen nach Deutschland kämen. „Wenn wir eine gerechtere Verteilung der Asylbewerber in Europa erreichen wollen, müssen die sozialen Leistungen überall gleich sein“, fügte er hinzu.

### Stillstand und Ungerechtigkeiten im öffentlichen Dienst

Und als Minister, der für den öffentlichen Dienst verantwortlich ist, hat Schily ebenfalls versagt. Versprochen waren „Innovation und Gerechtigkeit“. Doch die Modernisierung der Bundesverwaltung stockt, das Schlagwort vom 'aktivierenden Staat' ist eine leere Worthülse geblieben. Und den Pensionären und Beamten verordnet Schily für die nächsten Jahre Minusrunden. Die versprochene Stärkung der Massenkaufkraft wird jäh abgebrochen. Statt dessen müssen der junge Justizbeamte, der Streifenpolizist oder der kleine Pensionär sich auf Kaufkraftschwund einstellen. Da tröstet es wenig, dass auch die Rentner um die von Bundeskanzler Schröder verspro-

chene Nettolohnanpassung betrogen werden. Hinzu kommt, dass ein simpler Inflationsausgleich – anders als bei Rentnern – bei beamteten Ruheständlern zu einem realen Kaufkraftverlust führt: Von der Erhöhung um den Preisanstieg (voraussichtlich 0,6%) ist ein Drittel direkt abzuziehen für die Versorgungsrücklage. Außerdem unterliegen die Pensionen – anders als üblicherweise die Renten – der Besteuerung. Damit aber werden die Bezüge beamteter Ruheständler real sinken. Solche Sonderopfer sind weder gerecht noch angemessen.

Auch Otto Schily also beteiligt sich voll an der Umkehr der Wahlversprechen. Fazit: Nichts ist besser, aber vieles schlechter als zuvor. ■



# Trittin blockiert zu Lasten der Sicherheit

**Zu der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon im Mai 1999 beantragten Anhörung über die Wiedereinsetzung von Transporten abgebrannter Brennelemente und anderer nuklearer Abfälle am 29. November erklärte der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:**

Nach Auswertung der Stellungnahmen der Gutachter und Sachverständigen verstärkt sich der Eindruck, dass Bundesumweltminister Jürgen Trittin und das BMU unter dem Vorwand der Erhöhung der Sicherheit einen ausstiegsorientierten Gesetzesvollzugs mit dem Ziel der Verstopfung der Entsorgungswege betreibt. Die Gutachten und weitere Unterlagen haben deutlich gemacht, dass der Genehmigung innerdeutscher Transporte nichts mehr im Wege steht.

Diese Politik steht darüber hinaus in krassem Widerspruch zu den Zusagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber Betreibern und Betriebsräten.

Der Bundeskanzler hatte ausdrücklich die Vermeidung eines Entsorgungsinfarktes zugesagt, gegenüber Betriebsräten, der ÖTV und der IGBCE hatte er noch im Mai versichert, er selber werde die notwendigen Transportgenehmigungen unterschreiben. Die Fakten heute sprechen eine andere Sprache:

**1.** Blockade der Abtransportes abgebrannter Brennelemente unter Missachtung des Rechtsanspruchs der Betreiber.

**2.** Ständig neue Forderungen im Zusammenhang mit der Abarbeitung des 10-Punkte-Katalogs nach der alten Regierung

**3.** Zur Vermeidung von Transporten um jeden Preis werden vom BMU verschiedene Übergangslösungen (bis zu einer Inbetriebnahme der vorgesehenen Zwischenlager am Standort) vorgeschlagen:

- CASTOR-Behälter einfach „zum Schein“ für den Abtransport bereitzustellen, ohne dass der Transport irgendwie absehbar oder genehmigt wäre. Dabei handelt es sich jedoch in Wirklichkeit um eine Zwischenlagerung, die allenfalls der Bund selbst genehmigen könnte.

- Ausnutzung der vorgeschriebenen Lagerbeckenreserve, die für eine Kernentladung freizuhalten ist:

Der Vorschlag ist nicht sicherheitsgerichtet, da die Kernentladung z.B. für Prüfungen

**Die Strategie des Umweltministers: Den Ländern die Verantwortung für etwas zuschieben, wofür der Bund zuständig ist.**

gen und für sicherheitstechnische Untersuchungen am Reaktordruckbehälter erforderlich ist. Derartige Prüfungen und eventuell notwendige Untersuchungen auf Grund von Befunden in anderen Kernkraftwerken können nicht einfach verschoben werden, bis nach Brennelementabtransporten wieder genügend Platz im Lagerbecken ist. Inspektions- und Reparaturfreundlichkeit ist eine Sicherheitsprinzip in der Kerntechnik. Von diesem wichtigen Prinzip würde abgewichen.



## Alarmierender Anstieg der Verkehrstoten im September

**Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte zu den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes für den Monat September:**

781 Personen wurden im September im Straßenverkehr getötet, 22% mehr als im September 1998. Auch wenn das schöne Wetter in Spätsommer sicherlich zu einem höheren Verkehrsaufkommen beigetragen hat, ist der deutliche Anstieg der bei Verkehrsunfällen im September getöteten und der verletzten Verkehrsteilnehmer (+12%) doch alarmierend, insbesondere weil seit Jahresbeginn insgesamt die Zahl der Straßenverkehrsunfälle wieder deutlich ansteigt (7,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Um so unverständlich ist es, dass gleichzeitig die Mit-

tel für die Verkehrssicherheitsarbeit im Haushalt des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen für das Jahr 2000 um rd. 15% von 26 auf 22 Mio DM reduziert wurden.

Richtig wäre jetzt vielmehr, die Information und Aufklärung für den Autofahrer zu intensivieren. Es hat sich in der Vergangenheit klar gezeigt, dass Vernunft und Rücksicht im Straßenverkehr wirkungsvoller sind als übertriebener Aktionismus und martialischer Dirigismus.

Genau dies bezweckt unser Antrag, der dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorliegt, nationale Verkehrssicherheitskampagnen insbesondere für gefährdete Zielgruppen durchzuführen. Wir halten gezielte Verkehrssicherheitsarbeit für unverzichtbar und werden uns für eine Verstärkung einsetzen.

**4.** Zu Vermeidung von Transporten soll nach Vorstellung des BMU in notwendigen Genehmigungsverfahren großzügig aus Verfahrensrechte wie eine Öffentlichkeitsbeteiligung verzichtet.

**5.** Die Verschlechterung des Sicherheitsniveaus wird im Sinne des Ausstiegsziels augenzwinkernd billigend in Kauf genommen, um die Anlagen vom Netz nehmen zu können, wenn das Sicherheitsdefizit groß genug ist. Hier wird mit den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung in der Tat ein zynisches Spiel getrieben.

**Fazit:** Im Zeichen des angeblichen Schutzes der Bevölkerung vor den Gefahren der Kernenergie werden sicherheits-

technisch und verfahrensrechtlich fragwürdige Vorgehensweisen in Kauf genommen, damit Transporte um jeden Preis vermieden werden. Eine solche Politik, die unter dem Vorwand der Sicherheit tatsächliche Sicherheitsfragen ignoriert, ist nicht nur paradox, sondern manipulativ und unglaubwürdig, v.a. aber sachlich indiskutabel.

Die Strategie des Bundesumweltministers ist offensichtlich auch darauf gerichtet, den Ländern die Verantwortung für ein „Konzept“ zu zuschreiben, dass sich allein aus der Blockadepolitik des Bundes ergibt.

Jürgen Trittin ist verantwortlich für eine Gefährdung der Sicherheit durch die Blockade!



# Die Kronzeugenregelung ist wichtiger als der Lauschangriff

**Zu dem Vorhaben der Regierungskoalition, die Kronzeugenregelung zum Jahresende unwiderruflich auslaufen zu lassen, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Im Jahre 1989 wurde die Kronzeugenregelung im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus eingeführt. 1994 wurde sie auf die organisierte Kriminalität ausgedehnt. Diese Kronzeugenregelung ist befristet bis zum 31. Dezember 1999. Sie muss also in diesem Jahr verlängert werden, wenn sie weiterhin Geltung haben soll.

Der Kern der Kronzeugenregelung besteht darin, dass der Täter oder der Teilnehmer einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung (§§ 129, 129 a StGB) gegenüber der Polizei oder Staatsanwaltschaft sein Wissen über Tatsachen offenbart, die im Zusammenhang mit diesen kriminellen Vereinigungen stehen und die geeignet sind, Straftaten zu verhindern oder Straftaten aufzuklären oder Täter von solchen Straftaten zu ergreifen. Für diese Mithilfe kann dem Täter Strafbefreiung oder Strafmilderung gewährt werden.

Mit unserem Gesetz vom 1. Juni wollen wir diese Regelung bis zum Jahre 2002 verlängern. Gegen die Kronzeugenregelung werden rechtsstaatliche Bedenken geltend gemacht, insbesondere der Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Legalitätsprinzip. Wenn es aber um die Chance geht, höchste individuelle Rechtsgüter, wie das Leben und die Gesundheit durch den Einsatz von Kronzeugen zu retten, liegt darin nach unserer Auffassung eine Rechtfertigung der Strafbefreiung oder Strafmilderung für den Täter, der sein

Wissen über die Drahtzieher einer kriminellen Vereinigung preisgibt.

Wir treten deshalb dafür ein, die Kronzeugenregelung beizubehalten. Zu diesem Ergebnis kommt auch das vom Innenministerium in Auftrag gegebene Gutachten des renommierten Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. Nach diesem Gutachten setzen sich 90% der Praktiker und Sachverständigen dafür ein, dass die Kronzeugenregelung beibehalten, ja sogar verbessert wird. Am Freitag, den 3. Dezember 1999, wird dieser Gesetzentwurf in 2. und 3. Lesung im Bundestag beraten und entschieden.

## Nicht ersetzbar

Die SPD und die Grünen wenden sich gegen die Fortsetzung der Kronzeugenregelung. Sie wollen diese Regelung abschaffen. Jetzt schon könnten reuige Täter nach § 46 Abs. 2 StGB eine Strafmilderung erhalten. Im Übrigen sei es möglich, nach §§ 150 ff. StPO entsprechende Taten einzustellen. Mit der ganz überwiegenden Zahl der mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus befassten Polizeibeamten und Staatsanwaltschaften sind wir jedoch der Auffassung, dass die Kronzeugenregelung nicht zu ersetzen ist. Wir brauchen sie, um in den innersten Bereich der Verbrecherbanden vordringen zu können und sie aufzubrechen. Die Möglichkeit der Strafmilderung nach § 46 II StGB und die Einstellung des Verfahrens gemäß §§ 153 ff., die nur bei einem Vergehen möglich ist, reichen in diesen Fällen nicht aus.

Neben der Strafverfolgung hat die Kronzeugenregelung vor allem auch eine



präventive Bedeutung. Dies hat insbesondere der Generalbundesanwalt a.D. Prof. Dr. Kurt Rebmann herausgestellt, der der Auffassung ist, die Kronzeugenregelung sei neben anderen Ursachen der wesentliche Grund dafür gewesen, dass der Linksterrorismus in Deutschland keine Rolle mehr spielt.

Innerhalb der Koalition scheinen sich die Grünen wider alle Vernunft durchgesetzt zu haben. Hier hat offenbar Herr Ströbele eine bezeichnende Rolle gespielt, der auf Grund seiner früheren anwaltschaftlichen Tätigkeit und seiner extrem linken Position zu anderen Wertungen kommt, die aber nichts mit der inneren Sicherheit und dem Gemeinwohl zu tun haben. Mit ihrem Nein schützt die Koalition die Hintermänner der organisierten Kriminalität. Der Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen muss aus koalitionspolitischen und aus ideologischen Gründen ganz offensichtlich zurücktreten. Der Täterschutz steht im Vordergrund. Dies beweist die Koalition auch in anderer Hinsicht. Bis heute lehnt sie die Einbeziehung der Korruptions- und der Sexualstraftäter in die Telefonüberwachung ab. Ein in unseren Augen völlig verantwortungsloses Verhalten. Auch bei der Erweiterung des Täter-Opfer-Aus-

gleichs beweist die Koalition, dass es ihr um das Wohl des Täters und weniger um das des Opfers geht. So will sie gegen den ausdrücklichen Willen des Opfers dem Täter die Vorteile des Täter-Opfer-Ausgleichs verschaffen.

## Große Erfolge

In vielen Ländern Europas und in den USA ist die Kronzeugenregelung das wichtigste Instrument gegen die organisierte Kriminalität. Sie ist wichtiger als die Telefonüberwachung und die technische Überwachung von Wohnungen (Lauschangriff). Gerade in Italien hat die Kronzeugenregelung zu großen Erfolgen geführt. Erst nach ihrer Einführung war es möglich, in die Kreise der Schwerstkriminalität einzudringen und diese aufzubrechen. Dann erst konnte der Kampf gegen die Mafia erfolgreich aufgenommen werden. Die italienischen Behörden, die sehr eng mit den deutschen Staatsanwaltschaften zusammenarbeiten, haben seinerzeit die Einführung der Kronzeugenregelung bei uns und ihre Ausdehnung auf die organisierte Kriminalität ausdrücklich begrüßt. Sie werden eine Abschaffung dieses Instruments zur Bekämpfung der Schwerstkriminalität im höchsten Maße bedauern.

## PDS erwartet dramatischen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen

Nach Prognosen der PDS-Bundeszentrale werde die Partei in den kommenden fünf Jahren rund ein Viertel ihrer Mitglieder verlieren, sagte Bundeschatzmeister Uwe Hobler der „Berliner Zeitung“. Alarmierender noch seien die Berechnungen einzelner Landesverbände. Dort werde mit Verlusten von bis zur Hälfte der Mitglieder gerechnet. Von den bundesweit

94.500 Mitgliedern könnten dann bis zum Jahr 2005 noch zwischen 60.000 und 70.000 übrig bleiben. Grund für den Mitgliederrückgang ist die Überalterung. Bundesweit seien 52 Prozent aller Mitglieder über 65 Jahre alt, sagte Schatzmeister Hobler. Man rechne mit einem „natürlichen Abgang“ von jährlich etwa 4.000 Mitgliedern.



# Weitere Liberalisierung des Welthandels nötiger denn je

**Der Bundesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik hat unter Leitung von Friedrich Merz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, auf seiner Sitzung am 24. November in Berlin das folgende Positionspapier beschlossen:**

Vom 30. November bis 3. Dezember findet in Seattle die 3. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO statt, auf der die Themen für die ab dem Jahr 2000 vorgesehene neue Verhandlungsrunde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels vorbereitet werden.

Der Bundesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU hält die neue Verhandlungsrunde für dringend erforderlich. Im Zuge der wachsenden Globalisierung der Weltwirtschaft ist eine weitere Liberalisierung des Welthandels notwendiger denn je. Offene Märkte und ein fairer internationaler Wettbewerb sind nach den Prinzipien und Ordnungsvorstellungen der sozialen Marktwirtschaft die Grundbedingungen für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Industrieländern ebenso wie in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Die Bilanz der weltweiten Liberalisierungsbestrebungen ist bei allem, was noch zu tun ist, grundsätzlich positiv und ermutigend für die Zukunft. In der Vergangenheit wurden bereits sehr weitgehende Liberalisierungserfolge erzielt. So konnte beispielsweise in den vorangegangenen acht Verhandlungsrunden des GATT der Durchschnittszoll für Güter von 40 Prozent im Jahre 1948 auf heute unter 4 Pro-

zent gesenkt werden. Allein die 1993 abgeschlossene Uruguay-Runde hat zu jährlichen Einsparungen von über 200 Milliarden US-Dollar geführt.

Mit der Gründung der GATT-Nachfolgeorganisation WTO vor knapp fünf Jahren ist ein weiterer großer Schritt für die Liberalisierung des Welthandels gelungen. Das weitreichende Vertragswerk für die 135

## Positionspapier zur Millennium-Runde der Welthandelsorganisation WTO

Mitgliedsländer hat die Welthandelsordnung über den internationalen Güterhandel hinaus auf den Handel mit Dienstleistungen ausgedehnt und der neuen Organisation wichtige Schlichtungs- und Überwachungsaufgaben übertragen.

## Agenda für die 3. WTO-Ministerkonferenz

Die CDU teilt die Position der EU für eine umfassende Verhandlungsrunde. Sie muß über die bereits festgelegten Themen wie Landwirtschaft und Dienstleistungen hinausgehen. Je breiter die Themenpalette ist, desto mehr Flexibilität, Kompromißmöglichkeiten und Paketlösungen sind letztlich möglich.

Beratungen über Umwelt- sowie Arbeits- und Sozialstandards dürfen nicht zu neuen Formen des Protektionismus führen.

Für die Effizienz der neuen Verhandlungsrunde ist zudem ihre strikte zeitliche Begrenzung anzustreben, vorzugsweise auf 3 Jahre.



## **Agrarmarkt**

Bei den anstehenden Verhandlungen muss sichergestellt werden, dass in der Europäischen Union auch künftig eine nachhaltige, flächendeckende Landbewirtschaftung möglich bleibt. Im Interesse unserer Verbraucher muss eine weltweite Durchsetzung von hinreichenden Standards im Umwelt-, Hygiene-, Pflanzen- und Tier-schutzbereich angestrebt werden. Standards für diese Bereiche sollen in ein neues Welthandelsabkommen integriert sowie von allen Mitgliedstaaten respektiert und gesichert werden.

## **Dienstleistungen**

Bei den Verhandlungen über die weitere Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte gilt es, die Verbesserung des Marktzugangs für Dienstleister sicherzustellen. Bislang ist das Fehlen multilateraler Regeln für die Auftragsvergabe eines der größten nicht-tarifären Handelshemmnisse im internationalen Dienstleistungsbe-reich.

## **Elektronischer Geschäftsverkehr**

Im Rahmen der Verhandlungen soll eine internationale Handelsordnung für „globale Kommunikation“ entwickelt werden, die sicherstellt, dass elektronische Transaktionen nicht durch diskriminierende neue Abgaben oder Bestimmungsvorschriften sowie sonstige Handelshemmnisse belastet werden. Gleichzeitig erfordert dies eine Harmonisierung der Urheberrechte und verwandter Schutzrechte.

## **Ausländische Direktinvestitionen**

Für den Schutz und die Liberalisierung von Direktinvestitionen im Ausland ist ein verbindlicher Rechtsrahmen durch ein internationales Investitionsschutzabkommen unerlässlich.

## **Fusionen und Kartelle**

Ein internationales Wettbewerbsrecht ist erforderlich, damit die Regeln des internationalen Handels nicht unterlaufen werden. Bis zur Ausformulierung internationaler Wettbewerbsregeln sollte die Zusammenarbeit der Kartellbehörden weltweit verbessert werden.

## **Einbindung der am wenigsten entwickelten Länder**

Vorrangiges Anliegen aller WTO-Mitglieder muß die verstärkte Einbeziehung der am wenigsten entwickelten Länder in das Welthandelssystem sein. Aufgrund allgemein sinkender Zollsätze und der wachsenden Zahl von Freihandelsabkommen sind Zollvergünstigungen mittlerweile nur noch ein sehr eingeschränkt wirkendes entwicklungspolitisches Instrument. In der neuen Verhandlungsrunde sind insbesondere technische Hilfe zur Schaffung wettbewerbsfähiger Exportstrukturen sowie eine weltweit harmonisierte Vereinfachung und Rationalisierung der administrativen Verfahren im Außenhandel und eine Vereinfachung der Ursprungsregeln anzustreben.

## **Vor allem freue ich mich**

*für die Bauarbeiter, und ich hoffe, dass dies kein kurzes Glück ist. Für Gerhard Schröder bleibt die Aufgabe, nicht nur einer Firma durch staatliche Subventionen zu helfen, sondern endlich die dringend notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Firmen in Deutschland eine bessere wirtschaftliche Dynamik entfalten können. Das passt nicht zusammen: Die Intervention in Frankfurt und die Unfähigkeit des Kanzlers, endlich eine überzeugende Steuerreform auf die Beine zu stellen. Damit wir das bisher nur vom Export getragene steigende Wachstum versteinern können.*

**Volker Rühle**



# Arbeit, Bildung, Zukunft – Schleswig-Holstein 21

Ein wichtiges Signal für den politischen Wechsel in Schleswig-Holstein setzte der Programmparteitag der CDU Schleswig-Holstein am 13. November in Husum, der ganz im Sinne des Wahlkampflogsans „Arbeit, Zukunft, Volker Rühle“ stand. Mit stehenden Ovationen wurde der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 27. Februar 2000 gefeiert. Eine effektvolle Videoshow, die Volker Rühle heimatverbunden und bürgernah bei seinen unzähligen seit Januar veranstalteten Besuchen im ganzen Land zeigt, hatte die 320 Delegierten und rund 150 Gäste auf den Parteitag eingestimmt.

So gab es dann auch tosenden Applaus, als der auf Volker Rühle zugeschnittene Wahlkampfsong erklang und der Spitzenkandidat und die von ihm bereits für sein Spitzenteam benannten Persönlichkeiten, Birgit Schnieber-Jastram, Peter Harry Carstensen und Martin Kayenburg sowie der CDU-Ehrenvorsitzende Gerhard Stoltenberg, der CDU-Landesvorsitzende Peter Kurt Würzbach und Generalsekretär Johann Wadehul im Scheinwerferlicht in die bis auf den letzten Platz besetzte Kongreßhalle einzogen.

## Rot-Grün – zernagt und abgebrannt

Zu dieser neuen Inszenierung gehörten auch zwei Großflächenplakate vor der Kongreßhalle, deren Motive sich auch auf Wahlkampfpostkarten und Aufklebern wiederfinden: Zwei jeweils zernagte Äpfel, rot und grün, und zwei jeweils abgebrannte Streichhölzer, rot und grün, – Symbol für das, was die CDU und viele Schleswig-Holsteiner von der rot-grünen Landesregierung halten.

„Schleswig-Holstein 21“ lautet der Titel des Regierungsprogramms der CDU Schleswig-Holstein für die Jahre 2000-2005, das die über 300 Delegierten des Landesparteitags einstimmig verabschiedeten.

Volker Rühle machte in seiner Parteitagrede die Schwerpunkte der geplanten Regierungspolitik in Schleswig-Holstein deutlich: moderne Arbeitsplätze schaffen und dafür massiv in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung investieren. Eine CDU-geführte Landesregierung will verstärkt Unternehmen der Informations-Kommunikations- und Medientechnologien nach Schleswig-Holstein holen. Die

## CDU verabschiedet Regierungsprogramm 2000 bis 2005

Universitäten und Fachhochschulen sollen stärker gefördert, die Schulen im Land durch zusätzliche Lehrkräfte gestärkt werden. Ein Zukunftsprogramm für Wachstum und Technologie soll das Land fit machen für das 21. Jahrhundert. „Unsere härteste Arbeit gilt den Arbeitsplätzen“, versicherte Volker Rühle.

In ihrem Programm setzt sich die schleswig-holsteinische CDU auch für den Bau der Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin und den Weiterbau der Autobahn (A 20) westlich Lübecks und mit einer Elbquerung westlich Hamburgs ein. Dafür müsse Schleswig-Holstein wieder mehr Gewicht unter den 16 Bundesländern und in der Bundespolitik erhalten, betonte Volker Rühle. „Es darf nicht sein, dass man sich in Berlin einfach über unsere Interessen hinwegsetzt wie beim Bau der A 20, die in





Foto: Michael August

rot-grüner Kumpanei zwischen Kiel und Berlin einfach weggestrichen worden ist.“ Schleswig-Holstein müsse heraus aus der Meckererecke und brauche einen kraftvollen neuen politischen Anfang.

Heftige Kritik an der rot-grünen Landesregierung und der Schröder-Regierung in Berlin übte in einer kämpferischen Rede auch der Ehrevorsitzende und frühere Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der seine volle Unterstützung im Wahlkampf zusagte.

„Als schwankendes Irrlicht“ bezeichnete Landesvorsitzender Peter Kurt Würzbach die rot-grüne Landesregierung. Die an der nordfriesischen Küste vor Amrum gestrandete „Pallas“ sei zum Symbol für das Versagen des politischen Managements in Kiel geworden. „Ich freue mich darauf, daß Gerhard Schröder in den Landtags-

wahlkampf eingreifen will. Er wird den Missmut der Schleswig-Holsteiner über seine Politik erfahren“, sagte Würzbach.

### Plakatkampagne gestartet

Zu Beginn des Parteitages erinnerte der Landesvorsitzende in einer bewegenden Ehrung an die herausragenden Leistungen seines im Oktober verstorbenen Vorgängers, Ottfried Hennig. Mit lang anhaltendem Beifall machten die Parteitagsteilnehmer ihre Zustimmung deutlich, dass Ottfried Hennig, wie vom Landesvorstand einstimmig vorgeschlagen, als Ehrevorsitzender in die Geschichte der CDU Schleswig-Holstein eingehen wird.

Mit ihrem Parteitag startete die CDU als erste Partei eine Plakatkampagne auf 340 Großflächen im ganzen Land – ihre Botschaft: „Arbeit, Zukunft, Volker Rühle“. ■



# Angela Merkel: Wir werden der Schutzpatron der Kommunen sein

**179 Delegierte aus den 17 Kreisverbänden der CDU Mecklenburg-Vorpommern trafen am 27. November in Neustrelitz zum 14. Landesparteitag zusammen. Vor den Delegierten lag ein dicht gedrängter Tag. Es galt, die Bilanz von einem Jahr Opposition zu ziehen, den Landesvorstand neu zu wählen und über die Rolle der Familie zu diskutieren. Hierzu wurde vom Parteitag ein Thesenpapier „Zukunft für unsere Familien“ verabschiedet.**

In ihrer Rede kritisierte Angela Merkel die rot-rote Landesregierung. Das Land befände sich seit einem Jahr im Dornröschenschlaf. PDS/SPD gaukele der Bevölkerung Harmonie vor und betreibe daneben eine verfehlte Politik. Diese zeige sich u.a. auf dem Arbeitsmarkt. Während mit dem öffentlichen Beschäftigungssektor eine große Lüge geschaffen werde, seien heute 5.500 mehr Menschen im Land als beim Amtsantritt der rot-roten Landesregierung ohne Arbeit. Wo die Regierung vermeintliche Erfolge feiere, wie z.B. im Tourismus, sei dies auf die guten Vorleistungen der CDU-Landesregierung seit 1990 zurückzuführen.

Im Land wolle die CDU nach dem Erfolg bei den Kommunalwahlen ihrer durch die Bürger übertragenen Verantwortung gerecht werden. „Wir werden der Schutzpatron der Kommunen sein“, kündigte die Landesvorsitzende an. Über 200 Bürgermeister in den 1.000 Gemeinden im Land gehören heute der CDU an. Dies sei eine gute Ausgangsbasis. Angela Merkel stellte weiter fest, daß die CDU die Partei der Zukunft sei. Dies werde zum Beispiel in den erstmals seit 1990 wieder steigenden Mitgliederzahlen und in der Struktur unse-

rer Mitgliedschaft deutlich. Heute habe die CDU im Land 8.500 Mitglieder. Fast die Hälfte sei nach 1990 zur CDU gestoßen. Dies heißt, zur CDU sind nach 1990 mehr Menschen gekommen als zur SPD, die seit Jahren in der Mitgliederzahl bei 3.400 stagniere.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Eckhardt Rehberg, der bei den Vorstandswahlen überzeugend in seiner Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender bestätigt wurde, forderte dazu auf, jetzt die Fundamente für Alternativen zu legen, mit denen die Menschen 2002

## Angela Merkel weiter Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

überzeugt werden können. Die Politik des Abtauchens und Aussitzens von PDS/SPD müsse ein Ende haben. Einziger Zweck der Landesregierung sei der Machterhalt von Harald Ringstorff und die Selbsttherapie der PDS.

CDU-Generalsekretär Hubert Gehring rief in seiner Rede dazu auf, in den jetzt neu besetzten Landesfachausschüssen alternative Angebote der CDU zu erarbeiten und die CDU in der ganzen Fläche des Landes durch die Übernahme von Sozialpartnerschaften sichtbar werden zu lassen.

Bei den Wahlen zum Vorstand wurde Angela Merkel mit 94 Prozent als Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern wiedergewählt. Sie ist seit 1993 Vorsitzende des Landesverbandes. Die stellvertretenden Vorsitzenden Eckhardt Rehberg und Steffie Schnoor wurden in ihren Funktionen bestätigt. Neuer dritter Stell-





Eckhardt Rehberg gratuliert Angela Merkel nach der Wiederwahl. Rechts: Tagungspräsident Alfred Gomolka (MdEP). Links: Renate Holznagel (Vizepräsidentin des Landtags)

Foto: C. Kettler

vertreter ist der Stralsunder Oberbürgermeister Harald Lastovka.

Im Mittelpunkt der thematischen Beratungen am Nachmittag stand das Thesenpapier des CDU-Landesvorstandes zur Familienpolitik. Sowohl in der Podiumsdiskussion als auch in der anschließenden Aussprache wurde der Antrag positiv aufgenommen und als wichtiger Anstoß für die inhaltliche Ausrichtung der Landes-CDU gewertet.

Der Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände, Hans-Günter Treppe, verwies auf die Aufgabe der Gesellschaft, Frauen und Männern, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, den Rückweg in den Beruf zu erleichtern. Dringend müsse die Tatsache, dass in vielen Berufen bereits nach einem halben Jahr das Wissen veraltet sei, zu Konsequenzen führen. Deshalb sei der Staat aufgerufen, die nötigen Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen. Barbara Vüllers, Mutter von zwei Kindern, und Heike Braun, Mutter von drei Kindern, schilderten eindringlich

die Probleme der Familien im Land. Petra Hill, Geschäftsführerin des Landesfrauenrates, verwies auf die besondere Situation in den neuen Bundesländern, die Beachtung finden müsse. Deshalb begrüßte sie die treffend beschriebene Ausgangslage. Nur wenn man sich einig sei, über was man diskutiere, könnten schließlich auch die notwendigen Lösungen gefunden werden. Pastor Martin Skriba verwies auf theologische Aspekte der Diskussion über die Aufgaben von Familien und beschrieb, dass schon in der Bibel Kinderreichtum als Zeichen einer reichen Gesellschaft beschrieben worden sei. In diesem Sinne seien wir heute teilweise sehr arm.

Das Thesenpapier „Zukunft für unsere Familien“ wurde mit einigen redaktionellen Änderungen vom Parteitag angenommen. Neben dem Thesenpapier nahm der Parteitag auch einen Antrag zur Unterstützung der Bewerbung des Landes um den Bau des A3XX an. Darin werden Landes- und Bundesregierung zu einem deutlicherem Einsatz für den Standort Rostock-Laage aufgefordert.



## 50. Landesparteitag:

# „Wir schaffen Zukunft für unser Land“

Mit dem Traumergebnis von 97,4 Prozent wurde Ministerpräsident Peter Müller beim 50. Landesparteitag der CDU Saar in der Saarbrücker Kongresshalle eindrucksvoll wiedergewählt. Seit 1995 führt er die Landespartei. Von den 428 Delegierten stimmten 417 für Peter Müller, der unter dem Motto „Wir schaffen Zukunft für unser Land“ in einer 90-minütigen Grundsatzrede die Akzente der künftigen Landespolitik skizzierte.

Peter Müller ließ die Wahlkämpfe der letzten Monate Revue passieren und lobte das Engagement der vielen Ehrenamtlichen vor Ort. Er hob den gestiegenen Anspruch für die CDU bei den Erst- und Jungwählern hervor. Verantwortlich für den Erfolg sei auch der Mut, unbequeme Wahrheiten beim Namen zu nennen. Die CDU wolle in der Regierungsverantwortung das Saarland zum Aufsteigerland machen. Angelehnt an seine Regierungserklärung unterstrich Peter Müller die Notwendigkeit,

- das Saarland als ein modernes, leistungsorientiertes und wirtschaftsfreundliches Land durch die Verbesserung der Standortqualität und eine Vorrangpolitik für den Mittelstand voranzubringen,
- zu einer kultur- und bildungsfreundlichen Region im Herzen Europas zu entwickeln
- und zu einer offenen, solidarischen und aktiven Bürgergesellschaft zu machen.

Die CDU wolle ein neues Selbstbewusstsein schaffen, damit es gelingt, sich auf eigene Beine stellen zu können. Unter dem Grundsatz „Genauigkeit geht vor Schnel-

ligkeit“ werde die neue Landesregierung die Vorhaben umsetzen und wichtige Akzente setzen, etwa zur Verbesserung der Situation bei Polizei und Schulen. Der größte Teil des 100-Tage-Programms ist dabei bereits absolviert. Die Gesundung der Landesfinanzen setzt eine gesunde Wirtschaft voraus. Zentrale Herausforderung ist daher trotz einer schwierigen Ausgangslage und einer katastrophalen Haushaltssituation die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Die Finanzlage mache einen strikten Sparkurs und eine Politik der Prioritäten notwendig.

Notwendig sei, dass sich alle in den Prozess einbringen: „Wir machen nicht nur Politik für die Menschen, sondern mit den Menschen im Saarland. Alle sollen sich

## Traumergebnis für Peter Müller

einbringen können, damit das Zukunftsprojekt Saar gelingt. Die Politik allein kann die Probleme nicht lösen.“

Bundespolitisch werde sich die CDU Saar als soziales Gewissen der Partei einbringen. Neben der ökonomischen Kompetenz müsse die CDU für soziale Symmetrie in der Gesellschaft eintreten. In die gleiche Kerbe schlug Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker in einer von viel Esprit und Humor getragenen Rede: Man müsse kein Sozialist sein, um sozial zu sein. Juncker unterstrich die Gemeinsamkeit des Herzogtums mit dem Saarland in der europäischen Kernregion. Die Zukunft liege in den europäischen Regionen. Kompetenter Gastredner war auch der ehemalige Landesvorsitzende Prof. Klaus Töpfer, Bundesminister a.D.





Foto: Becker/Bredel

und Executive Director der UNEP. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hans, referierte die Ziele der neuen Mehrheitsfraktion. Man werde in Augenhöhe mit der Landesregierung um die besten Wege für das Saarland kämpfen.

Personell setzt die CDU Saar auf Kontinuität nach den erfolgreichen Wahlen dieses Jahres. Dies zeigte sich nicht nur bei der Wiederwahl des Vorsitzenden, sondern auch bei der Wahl der Stellvertreter: Wiedergewählt wurden auch Finanzminister Peter Jacoby (382 von 413 Stimmen), Innenminister Klaus Meiser (380 Stimmen), Wirtschafts-Staatssekretärin Daniela Schlegel-Friedrich (342 Stimmen) und Oberthals Bürgermeisterin Sigrid Morsch (323 Stimmen) als stellvertretende Landesvorsitzende. Schatzmeister bleibt Werner Ehrlich, der eine solide Kassenbilanz präsentierte. Bereits vor einigen Wochen hatte der CDU-Landesvorstand einstimmig Hans-Joachim Pack zum neuen Lan-

desgeschäftsführer gewählt. Er ersetzt Karl Rauber, der nach langjähriger Tätigkeit als Landesgeschäftsführer und in den letzten Jahren auch als Abgeordneter nun als Chef der Staatskanzlei in die Landesregierung wechselte. Pack war bislang schon die rechte Hand Raubers als sein Stellvertreter und gilt als versierter Kenner und Koordinator der Geschäftsstelle.

Weitere Referenten im Landesvorstand: Stefan Rabel (Grundsatz), Dr. Dirk von Walcke-Wulffen (Wirtschaft), Peter Altmaier (Europa), Alfons Vogel (Soziales), Bernd van der Felden (Umwelt), Franz-Josef Schumann (Innen), Toni Hoffmann (Ländlicher Raum), Stephan Toscani (Bildung), Monika Bachmann (Familie), Martin Karren (Struktur/Verkehr), Monika Beck (Kultur) und Rosemarie Kelter (Medien). Als Referenten ohne spezielle Zuständigkeit ergänzen Helma Kuhn-Theis, Albrecht Feibel, Klaus-Dieter Urhahn und Günther Schacht den Landesvorstand. ■



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 11 90  
53348 RHEINBACH  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

Unser Lederfußball ist mit neuer Gestaltung wieder im Versandzentrum erhältlich.

**Bestellnummer: 6914**

**Preis: 1 Ball 25,80 DM**



**Bestellschrift per Post:**

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

**Fax: 02524/911310**

E-Mail: [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

**UiD**

**38/1999**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: [ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de](mailto:ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de), **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/333. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-1 23. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.